



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preisklasse 20 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Die Tarifverhandlungen gescheitert!

Am 27. November traten die Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins und unseres Verbandes im Buchgewerbehaus zu Leipzig zusammen, um über die Revision der „Allgemeinen Bestimmungen“ zu verhandeln und zu beschließen. Leider ist es zu letzterem nicht gekommen, die Verhandlungen wurden am zweiten Tage als ergebnislos abgebrochen. Wir sagen leider, trotzdem unsere Kollegenschaft, wovon wir fest überzeugt sind, nach Kenntnisnahme von den Vorgängen, die zu dem Abbruch der Verhandlungen führten, von diesem Ausgang der Sache befriedigt sein werden, dagegen im Lager der Prinzipalität diese Nachricht mit sehr geteilten Gefühlen aufgenommen werden wird. Mit dem Scheitern dieser Tarifverhandlungen ist nämlich ein Stück gewerblicher Friedenspolitik, für die gerade das Buchdruckgewerbe vorbildlich geworden ist, wieder von der Bildfläche verschwunden, nachdem es durch fünf Jahre hindurch seine ersprießliche Wirkung auf alle beteiligten Kreise ausgeübt hat. Drei Interessentengruppen waren es, die im Jahre 1906 auf eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die ungelernete Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe hinarbeiteten. Die Prinzipalität in erster Linie, die sich damals fortgesetzt von der Verbesserung seiner Lage ringenden Hilfsarbeiterchaft bebrängt und beunruhigt fühlte; dann die Gesellschafter, welche durch eintretende Arbeitskämpfe des Hilfspersonal oft schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde und endlich die Hilfsarbeiterorganisation selbst, die ebenso wie der Verband der Deutschen Buchdrucker einen friedlichen Ausgleich zwischen den sich gegenüberstehenden Interessen den fortgesetzten Kämpfen vorzog. Diesen drei Gruppen und ihren Bestrebungen ist es damals auch gelungen, das Mittel zu finden, das geeignet war, für die Dauer von fünf Jahren den Frieden im Buchdruckgewerbe Deutschlands noch fester als vorher zu gestalten. Gewiß hat der damalige Tarifabschluß beiden Parteien, den Prinzipalitäten sowohl als auch unserer Kollegenschaft, neben dem in dem Vertrag gegenseitig garantierten Rechten auch Pflichten gebracht, aber diese wurden, wenigstens soweit es das Hilfspersonal betraf, im Interesse der Allgemeinheit fördernden Sache gern erfüllt. Das selbe kann allerdings nicht uneingeschränkt von der Prinzipalität gesagt werden.

„Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben für die Ein- und Durchführung der getroffenen Abmachungen besorgt zu sein“, heißt eine wichtige, damals beschlossene tarifliche Bestimmung, die aber den Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins als Träger der Tarifgemeinschaft auf Arbeitgeberseite nicht bewegen konnte, seine Dresdner Mitglieder zu veranlassen, den Tarif anzuerkennen, obwohl unsere Organisation und

ihre Mitglieder für diese Sache die schwersten Opfer gebracht haben. Die Besorgnis um die Tarifeinführung auf Arbeitgeberseite wird wohl am besten dadurch illustriert, daß es während eines Zeitraumes von nahezu fünf Jahren nur in 20 Druckstädten, von zirka 300 in Frage kommenden, gelungen ist, den Hilfsarbeitertarif einzuführen. Ein Beweis dafür, daß lediglich die Kraft und die Mittel unserer Organisation einen bestimmenden Einfluß auf das Tarifbedürfnis der Prinzipale ausüben konnte.

Diese Tatsache aber, so bitter sie auch in unseren Kreisen empfunden wurde, verhinderte nicht, daß der Bremer Verbandstag im vorigen Jahre für die Fortführung und den Ausbau der Tarifgemeinschaft einstimmig votierte und zwar in der Voraussetzung, daß die jetzige Tarifperiode als erster Versuch auf diesem Gebiet noch nicht alle erforderlichen Vollkommenheiten in sich bergen kann und daher verbesserungsfähig ist. Unter dieser Voraussetzung traf unsere Kollegenschaft auch ihre Vorbereitungen für die Neugestaltung des nächsten Tarifabschlusses.

Die „Allgemeinen Bestimmungen“, als Grundgesetz für die örtlichen Lohnarbeitsverträge, enthalten in der jetzt bestehenden Fassung in der Hauptsache nur Vorschriften über die vom Hilfspersonal zu erfüllenden Pflichten. Diese sollten durch die von Hilfsarbeiterseite gestellten Revisionsanträge nur unwesentlich geändert werden. Dagegen aber sind von der Prinzipalität Nebenbedingungen beantragt worden, die nicht allein die bisherigen Verpflichtungen des Hilfspersonal gewaltig vergrößern wollten, sondern auch noch die ohnedies nur kümmerlich gewährten Rechte vollkommen aus der Welt schaffen sollten. Wir wollen für heute nur einige Stichproben von den Wünschen der Prinzipalität geben. Die Arbeitszeit, die bisher der im Deutschen Buchdruckerarif festgelegten entsprach, sollte täglich eine halbe Stunde länger, die Ueberstundenbezahlung an Sonntagen um 25 Prozent reduziert werden. Die bisher zugestandene Streik Klausel, welche unsere Kollegenschaft berechnigte, Streikarbeit bei Ausständen verwandter Berufe in Nebenabteilungen der Buchdruckereien zu verweigern, wenn es sich um die Einführung von Tarifen für diese Berufe handelt, sollte der Streikung verfallen. Ein Antrag, der so selbstverständlich und so harmlos auf den ersten Blick aussieht, ist z. B. folgender: „Die Entscheidung darüber, ob und wieviel Hilfsarbeiter bezw. Hilfsarbeiterinnen an einer Stelle des Betriebes erforderlich sind, liegt bei der Geschäftsleitung“. Wenn dieser Antrag ohne jede Einschränkung oder Kommentierung Gesetz geworden wäre, dann wäre mit einem Schlag — und das war der bestimmte Zweck — der Bestand an Rotationsarbeitern in Zeitungs-

betrieben um mindestens ein Fünftel verringert worden. Hier sollte der Tarif mit dem Aufgeben von unzähligen Existenzen erlaunt werden. Neben allen den angeführten Verschlechterungen, von denen wir heute nur die marantesten hervorheben, sollte aber auch noch unsere Organisation eine materielle Kaspflicht für Tarifverfehlungen ihrer Mitglieder auf sich nehmen.

Und nun zu dem Punkt, an dem die Verhandlungen definitiv scheiterten. Der bisherige § 14 der „Allgemeinen Bestimmungen“ besagte, daß etwa bestehende bessere Verhältnisse in Lohn und Arbeitszeit nicht verschlechtert werden dürfen. Von der Streichung dieser für das Hilfspersonal so wichtigen tariflichen Bestimmung machten die Prinzipale den Neuaufschluß abhängig, und an der ganz selbstverständlichen Ablehnung dieser Streichung seitens der Hilfsarbeiterkommission ließen sie die Verhandlungen scheitern!

Und was war die Begründung für diese ungeheuerliche Zumutung? Nichts weiter, als der Hinweis darauf, daß eine solche Bestimmung auch in dem neu abgeschlossenen Buchdruckerarif nicht enthalten sei. Alle Entwendungen unserer Kommissionsmitglieder, daß die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse der gelernten Arbeiter einer solchen Bestimmung nach 15 jähriger Dauer der Tarifgemeinschaft, die das ganze Gewerbe umfaßt, nicht bedürfen, sie dagegen für das Hilfspersonal vorläufig unerlässlich ist, wenn nicht ungezählte unter schweren Kämpfen errungene Verbesserungen zunichte gemacht werden sollten, wurden von den Arbeitgebern in den Wind geschlagen. Keine Einsicht — kein Entgegenkommen — kein Verständnis! Den Unternehmern alles — dem Hilfspersonal nichts! Ja, sogar diesem noch weniger wie bisher! Das war der Grundsatz, mit dem die Unternehmervertreter nach Leipzig kamen. Diese Absicht durchzuführen, scheiterte und mußte scheitern an dem zielbewußten Widerstand der Hilfsarbeitervertreter, die hiermit ruhig im Bewußtsein vollster Verantwortlichkeit und Pflichterfüllung ihre Haltung der gesamten Kollegenschaft zum Urteil unterbreiten.

Kollegen und Kolleginnen! Mit dem 31. Dezember 1911 hat die erste Tarifperiode für das Buchdrucker-Hilfspersonal aufgehört zu existieren. Einen weiteren Frieden mit dem Unternehmertum zu vereinbaren, wäre nur möglich gewesen unter Verzichtleistung auf alle in jahrelangen schweren Kämpfen errungenen wirtschaftlichen Erfolge. Werdet Euch nunmehr erst recht bewußt, daß nur unsere Organisation es war und auch in Zukunft nur sein kann, die Eure Interessen fördert und bewacht, ob mit oder ohne Tarif!

Inhalt: Die Tarifverhandlungen gescheitert! — Zum Kampf im Steindruckgewerbe. — Korrespondenzen (Berlin, Dresden, Nürnberg-Fürth). — Briefkasten. — Verammlungskalender. — Abrechnungen.

Beilage: Welches Interesse hat die Arbeiterschaft an der Organisierung der Heimarbeiter. — Volkswirtschaft. — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 3.—9. Dezember 1911
ist die Beitragsmarke in das mit 49 bezeichnete
Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Bum Kampf im Steindruck- gewerbe.

Gleich den Lithographen und Steindruckern stehen auch die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in den Schutzverbandsfirmen von Frankfurt a. M. nunmehr schon in der neunten Woche im Streit. Gewiß hat manche Kollegin und mancher Kollege bei Beginn des Streiks nicht mit einer so langen Dauer des Kampfes gerechnet. Unsere Kollegenschaft gab sich der festen Zuversicht hin, daß die Prinzipale etwas mehr Einsicht besitzen würden und es nicht zu einem Kampfe werden lassen, und unsere gerechten Forderungen einer Prüfung unterziehen würden, um dann in den ersten Wochen des Kampfes eine Einigung herbeizuführen. Weit gefehlt! Wir haben hier die Gelegenheit, die Wahrnehmung zu machen, daß unsere Prinzipale aus keinem anderen Holz geschmitten sind, als wie alle Scharfmacher. Nicht die Forderungen des Hilfspersonals sind es, die etwa zu hoch wären, nein, die Frechheit des Hilfspersonals, das sich erdreißet, überhaupt Forderungen zu stellen. War man es doch schon seit über 20 Jahren in Frankfurt gewöhnt, daß sich diese geduldigen Lämmer mit den geringsten Löhnen zufrieden gaben, dabei aber noch die aller unverschämteste Behandlung über sich ergehen ließen. Daß dieses Personal wirklich in einen Ausstand treten würde, daran hatte man noch in der letzten Minute gezweifelt. Und dennoch wurde es zur Tatsache.

Die unmenschliche Behandlung, die karglichen Lohnverhältnisse haben unseren Kollegen und Kolleginnen die Augen geöffnet. In Scharen schlossen sie sich der Organisation an, um eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen. Schon seit 20 Jahren sind Löhne für Arbeiterinnen von 10 Mk. bis 13 Mk. zu verzeichnen, während man unsere verheirateten Kollegen mit 20 Mk. nach Hause schickte. Bei diesen Lohnverhältnissen mußte man immer hören, daß solche Löhne ausreichende und den Lebensverhältnissen entsprechende seien. Was uns als Organisation seit Jahren in Frankfurt nicht möglich war, die Kollegen und Kolleginnen der Steindruckereien zu organisieren, das haben unsere Unternehmer in einem Tage fertig gebracht, als sie auf die eingereichten Forderungen des Hilfspersonals uns die Antwort schuldig blieben. Selbst diejenigen, die noch an ein Entgegenkommen der Unternehmer geglaubt hatten, sahen sich in ihren Hoffnungen getäuscht und schlossen sich unserer Organisation als Mitglieder an, um nunmehr den Kampf gemeinsam führen zu können.

Am 22. September reichte in fünf Firmen das Hilfspersonal ihre Kündigung ein. Nun war es ein Schauspiel für Götter, wie seitens der Prinzipale, der Faktoren, der Vize-Ober und sonstigen Getreuen gearbeitet wurde, um das Hilfspersonal zu veranlassen, die Kündigungen zurückzuziehen. Löhne wurden auf einmal geboten, höher als unsere Forderungen lauteten. Wenn früher alle hier nicht wieder zu gebenden Kosamenen auf die Arbeiterinnen angewendet und Mädchen wie Frauen mit „Du“ angeredet wurden, so konnte man jetzt staunen, mit welcher ausgesuchter Freundlichkeit die Arbeiterrinnen bedacht wurden, wie sie auf einmal in der Achtung der Vorgesetzten stiegen. Man rechnete dem Hilfspersonal vor, wie lange wir in der Lage seien, Streikunterstützung zahlen zu können. Eine Woche lang und dazu nur 4 Mk. pro Person, dann sei unsere Kasse erschöpft und das Hilfspersonal wäre dann froh,

wenn es wieder im Betriebe anfangen könnte. Wer aber streiken würde, der würde auf keinen Fall mehr eingestellt. Diese und noch andere Mäßen mußten herhalten, um das Hilfspersonal zu bewegen, die eingereichten Forderungen zurückzuziehen. Aber alles hat nichts geoffen. Die einmal Erwachten ließen sich nicht mehr einschläfern. Einmütig wie die Kündigungen, so einmütig erfolgten auch die Austritte. In fünf Firmen reichten 75 Kollegen und Kolleginnen ihre Kündigungen ein. Eine Firma hat während der Kündigungszeit bei der Verwaltung um Verhandlungen nachgesucht und die Forderungen des Hilfspersonals bewilligt. Diese Firma erklärte, sie begreife es nicht, daß man es wegen diesen Forderungen zu einem Kampfe kommen lasse, sie erkenne die Forderungen des Hilfspersonals als gerechte an. (Dies der Ausspruch einer Schutzverbandsfirma.) In dieser Firma wurden deshalb die Kündigungen zurückgezogen. Eine weitere Firma verhandelte mit der Ortsverwaltung in der dritten Streikwoche, auch hier kam eine Einigung zustande; das in Ausstand befindliche Hilfspersonal nahm auch hier die Arbeit wieder auf, soweit es noch vorhanden und nicht schon anderweitig untergebracht war. Diese Firma hatte auch vor Beginn des Streiks ihrem Hilfspersonal erklärt, wer einmal draußen ist, der kommt nicht wieder herein. Als deshalb unser Organisationsvertreter die Firma fragte, ob sie vielleicht beabsichtige, bei der Wiedereinstellung eine Anleihe vorzunehmen, da wurde ihm erklärt: Nein, das Hilfspersonal muß vollständig die Arbeit wieder aufnehmen. Es gab deshalb auch unter den in diesem Betrieb stehen gebliebenen Streikbrecherinnen lange Gespräche, als die Streikenden die Arbeit wieder aufnahmen, hatten doch diese geglaubt und sich gestreut, daß jene nicht mehr herein kämen. Die Freude war aber etwas verfrüht. Ein großer Teil der Streikenden konnte bereits anderweitig untergebracht werden. Es wird deshalb mancher Prinzipal nach Beendigung des Kampfes verschiedene gute Arbeiter und Arbeiterinnen vermissen müssen.

Die gegenwärtige Bewegung erstreckt sich noch auf drei Firmen, in denen 50 Kollegen und Kolleginnen in den Ausstand getreten sind. Auch von diesen sind einige bereits anderweitig untergebracht, sodaß nur noch 43 Streikende vorhanden sind. Wenn auch diese nunmehr in der neunten Streikwoche stehen, so können wir doch berichten, daß der Geist der Streikenden ein vorzüglicher ist. Selbst auf die Gefahr hin, daß der Kampf noch weitere Wochen anhalten wird, sind sie gewillt, den Kampf nicht eher abzubrechen, bis ihre gerechten Forderungen bewilligt sind. Streikbrecher haben sich bis jetzt keine gefunden, trotz der erdenklichen Mühe, die sich die Unternehmer gegeben hatten. Was es denselben wirklich einmal möglich, einige Arbeitswillige zu kapern, so war die Freude nicht von langer Dauer. Sobald wir sie aufgekärt hatten, verließen sie wieder die Arbeit. Die Unternehmer haben deshalb auch davon abgesehen, weitere Arbeitswillige zu suchen, da sie bis jetzt noch wenig Glück damit hatten. Alles in allem genommen können wir wohl sagen, daß der Verlauf der Bewegung für uns bis jetzt ein guter gewesen ist und daß wir dem Ende der Bewegung mit der größten Zuversicht entgegensehen. Wissen wir doch, daß der Kampf, den wir führen, ein gerechter ist und daß wir siegen werden.

Auch in Dresden und Umgegend ist das Steindruckereihilfspersonal von der Ausperrung nicht verschont geblieben, sondern ebenso wie den Gehilfen ist ihnen fast ausnahmslos von den Schutzverbandsfirmen gekündigt worden. Die Art, wie diese Kündigungen vorgenommen wurden, ist charakteristisch und zeigt uns, daß dieselben nur ein Schlag gegen die „verhasste“ Organisation sein sollte. Denn fast überall fragte man nach der Organisationszugehörigkeit der Personen und wenn dieselbe bejaht wurde, wurde die Kündigung ausgesprochen. Wobei man aber nicht unterließ, damit es die von der Kündigung Betroffenen hören sollten, den Unorganisierten den Trost zuzusprechen, daß für sie gesorgt werde, da man sie in anderen Abteilungen unterbringen wolle. Jedoch hatte ein Teil dieser Unorganisierten keine Einsicht für die von den Herren

Prinzipale bewiesene Fürsorge und kündigten auch ihrerseits das Arbeitsverhältnis, um während dieser Situation nicht als Hausreißer zu gelten. Dadurch ist nun ein Mangel an geübtem weiblichen Hilfspersonal entstanden, der gezeitigt hat, daß die bürgerlichen Blätter spaltenlange Inzerate tagtäglich aufweisen, durch welche geübte Anlegerinnen zu „höchsten Löhnen“ gesucht werden. Es ist dies aber eine vergebliche Mühe, denn schon im Laufe des ganzen Jahres war ein fühlbarer Mangel an geübtem Maschinenpersonal vorhanden, der wirklich nicht kleiner geworden ist, nachdem man einen Prozentsatz derselben entlassen hat. Nun versucht man sich über diese Kalamität dadurch hinwegzusetzen, daß man einzelne Anlegerinnen und Bogenfängerinnen, die man erst ausgesperrt hat, brieflich erjucht, wieder anzufangen und wenn dieselben darauf nicht reagieren, fragt man sogar telephonisch oder persönlich im Verbandsbureau an, warum die Betreffenden nicht gekommen sind. Man weiß nun nicht, ob man sich mehr über die Raubrität oder Dreistigkeit der betreffenden Herren wundern soll, die da glauben, daß sich das Hilfspersonal wie ein willenloses Werkzeug dirigieren läßt, wie es den Herren gerade paßt. Die ausgesperrte Kollegenschaft sieht auf dem Standpunkte, nicht eher die Arbeit wieder aufnehmen zu wollen, bis die jetzige Situation eine annehmbare Regelung gefunden hat. Warum ist ein Teil der Prinzipale seinerzeit dem Rundschreiben des Schutzverbandes, die Ausperrung vornehmen zu wollen, so voreilig gefolgt und hat in ihrem blinden Eifer auch das Hilfspersonal mit entlassen; nun mögen sie die Folgen tragen. Da aber die Kunden drängen, ihre Aufträge geliefert zu bekommen, versucht man durch allerlei Manipulationen, bei denen man sich des Schadens nicht erwehren kann, wenigstens notdürftig zu produzieren. So kann man jetzt in einigen Dresdener Steindruckbetrieben beobachten, wie immer zwei, drei unbedingte, Lehrlinge an einer Maschine sich in der Kunst des Unlebens produzieren, wobei der eine immer die Bremse dirigiert, damit nicht die ganze Auflage schief herauskommt. Sogar Prinzipale bemühen sich im Schwelche ihres Angeichts, die Funktion des Unlebens zu versuchen, wobei sie jedenfalls kennen lernen, daß diese Tätigkeit, die sie immer als eine untergeordnete angesehen und gekennzeichnet haben, wenn es galt, eine Lohnzulage für die Betreffenden zu gewähren, nicht so leicht ist.

Es ist ja bekannt, daß die Ausperrung nicht den Umfang angenommen hat, wie es sich der Schutzverband wünschte, um durch die Wucht derselben den Gehilfenverband recht schnell niederzuringen. Darum versuchen die Schutzverbandsvertreter auch Firmen, die nicht ihrer Vereinigung angehören, für die Ausperrung gefügig zu machen. In Dresden sind nun noch einige Firmen dem Drängen nachgegeben, um dem Schutzverband zur Hilfe zu eilen, es sind dies zwei oder drei kleine Kunsttempel, die nur je zwei bis vier Gehilfen beschäftigen, außerdem ist es noch die Firma Renke u. Ostermeyer, die zunächst ihrem männlichen gelehrten und ungelerten Personal mit geringen Ausnahmen kündigte. Hierbei ist die Geschäftsleitung nicht davor zurückgeschreckt, daß einzelne Steinbleifer schon 6 und 16 Jahre der Firma ihre Dienste geleistet und ein Alter von über 60 und 70 Jahren erreicht haben. Es genügt den Herren, daß dieselben organisiert sind, um sie mit zu entlassen. Es ist dieses auch ein Beweis für die gesicherte Effizienz der Arbeiter bis in das hohe Alter. Das weibliche Hilfspersonal glaubte die Firma jedenfalls nicht entbehren zu können, um sie nicht zu verlieren. Die Kolleginnen konnten aber nicht verstehen, daß ihre eigenen Kollegen und die mit ihnen jahrelang zusammen arbeitenden Gehilfen wegen ihrer Verbandszugehörigkeit auf Straßenpflaster geworfen wurden und sie, die doch auch vom Koalitionsrecht Gebrauch gemacht haben, sollten von der Kündigung verschont bleiben, nur weil man sie nicht so leicht ersetzen kann. Das ging ihnen zu weit und so entschlossen sie sich, einmütig die Kündigung einzureiden.

Hat nun einmal ein Prinzipal nach langer Mühe eine Arbeitswillige erwischt, so wird dieselbe meistens mit 16 Mk. und vierwöchentlichem Kündigung engagiert, auch warmes Mittagessen

wird den seltenen Exemplaren verabreicht, nur um sie zu halten und nach außen hin den Anschein zu erwecken, daß es auch ohne die organisierten Anlegerinnen ginge, dabei sind diese Leute meistens so ungeübt, daß sie selbst zu den Streikposten sagen: „Schaden tut mir euch nicht, denn sie müssen uns ja vierwöchentlich kündigen.“ Die Herren Prinzipale glauben nun durch ihre Aussperrungstatil und durch die Art der erfolgten Kündigung die Organisation zerpfüttern zu können, daher auch das kampfhafte Bemühen der Schriftleitung des Schutzverbandesorgans, den Gehilfen und auch dem Hilfspersonal glaubhaft zu machen, daß ohne die Organisation der jetzige Kampf nicht entbrannt wäre und sie die Opfer nicht zu bringen hätten. Diese Stelle müßte doch selbst wissen, daß ihr Bemühen ein nutzloses ist, da das Personal schon lange am eigenen Leibe die „Wohltaten“ der Prinzipale kennen gelernt hat und die jetzige Aussperrung in Figura zeigt, daß die angebliche „Arbeiterfürsorge“ der Herren selbst nicht vor der Entlassung alter und in ihrem Arbeitsverhältnis grau gewordener Arbeiter zurückschreckt. Durch derartige Maßnahmen werden selbst die Indifferentesten aus ihrer Gedankenlosigkeit aufgerüttelt und finden den Weg zur Berufsorganisation. Was unermüdete Agitation nicht vermocht hätte, ist durch die Aussperrung erreicht worden, denn im vorigen und diesem Quartal sind soviel Zugänge, namentlich von Steindruck-Hilfspersonal, zu verzeichnen, wie nie zuvor, so daß wir eigentlich den Ausperrungsarrangements zu Dank verpflichtet sind für ihre unbenutzte Agitation, die sie für uns geleistet haben. Auf eines ist hierbei noch aufmerksam zu machen, was das Gewerbe ganz besonders noch schädigt und was im Ausperrungsseifer von den Herren nicht bedacht worden ist, das ist die Abwanderung eines Teils des geübten weiblichen Personals in andere Berufe. Fortwährend ist ein Mangel an geübten Anlegerinnen und Wogenfängerinnen vorhanden und durch diese Lücke wird er noch vergrößert, daran denkt man jetzt aber nicht; wenn dann die Ausperrung zu Ende sein wird, dann wird der Verbandsarbeitsnachweis wieder bestimmt werden und wenn dann das nötige Personal nicht vorhanden ist und die Maschinen wegen Mangel des Bedienungspersonals stehen müssen, dann werden die Herren Prinzipale und „Ober“ wieder klagen, daß ihnen jeder Tag, den die Maschine steht, Geld kostet. Das sind die Konsequenzen, die daraus entstehen werden; mögen sich die Herren damit abfinden, denn sie haben diese Situation durch ihren blinden Eifer heraufbeschworen. Durch die im vorliegenden geschilderte Ausperrung sind gegen 90 Personen in Dresden davon betroffen. Einige Firmeneinhaber waren weitsichtig genug, ihr Hilfspersonal weiter zu beschäftigen, um sich einen Stamm gut eingerichteten Personals zu erhalten.

Die ausgesperrte Kollegenschaft sieht dem Ausgange der Angelegenheit mit Ruhe und Siegeszuversicht entgegen, wird aber nicht unterlassen, vor Beendigung den Herren für entgangenen Verdienst die Rechnung zu präsentieren.

Die Folgen der Bewegung im Steindruckgewerbe beschäftigen natürlich sehr häufig die Gewerbebehörde. Unter anderem hatte das Gewerbegericht in Barmen am 9. November über eine Klage der Steindruckerei Aug. Stoffel Ww. gegen einen Steinschleifer und fünf Anlegerinnen wegen Verlassens der Arbeit zu entscheiden. Die Beklagten hatten am Freitag, den 6. Oktober, ihre Kündigung eingereicht, welche auch angenommen wurde, und waren demnach selbstverständlich der Meinung, daß auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung nach 14 Tagen, also am Freitag, den 20. Oktober, das Arbeitsverhältnis als aufgelöst zu betrachten sei. Aber dieses paßte der Firma nicht in den Kram, sie hätte die Betroffenen am Sonnabend noch gut gebrauchen können, denn den übrigen Arbeitern des Betriebes war die Ausperrung angedroht, welche an dem betreffenden Sonnabend von 1 Uhr mittags an entlassen wurden. So konnten denn die der Ausperrung Verfallenen nichts mehr leisten, da ihnen die Anlegerinnen fehlten. Das war für die Firma fatal, deshalb klagte sie und berief sich dabei auf ihre Arbeitsordnung, in welcher die Bestimmung enthalten ist, daß nur

zum Wochenschluß gekündigt werden darf. Die Beklagten machten geltend, daß sie schon an jedem anderen Wochentag ihre Entlassung genommen und erhalten hätten, was der Firmenvertreter einfach bestritt. Unter Wochenschluß versteht die Firma den Sonnabend, was ja auch den Schein der Nichtigkeit hat, aber da nun auch, wie in fast allen Betrieben Barmens, Freitags Lohnzahlung war so glaubten die Arbeiter, daß auch dieser Tag als Wochenschluß angesehen werden könne. Das Gewerbegericht stellte sich auf die durchaus nicht einwandfreie Bestimmung der Arbeitsordnung und war der Meinung, daß die Beklagten entgegen der Bestimmung der Gewerbeordnung 15 Tage kündigen mußten. Wie unklar die Sache lag, geht am besten daraus hervor, daß der Firmenvertreter ausdrücklich „wissen“ wollte, ob die Arbeitsordnung zu Recht bestände. Also lag es doch klar zutage, daß auch bei den Beklagten das Bewußtsein, etwas Ungeheures oder Strafbares zu begehen, nicht vorhanden war. Das mußte das Gericht berücksichtigen, die Klägerin abweisen und ihr aufgeben, ihre Arbeitsordnung so abzufassen, daß solche Zweifel nicht entstehen können. Jetzt kommt aber noch das Schöne an der Sache. Die Firma verlangte, daß ihr für die entgangene Arbeitsleistung von sechs Stunden, des fraglichen Sonnabends, von dem beklagten Steinschleifer 19,20 Mk. und von den fünf Anlegerinnen je 12 Mk. Buße gezahlt würden. Das Gericht entschied jedoch, daß die Buße nur für einen Tag zu berechnen sei, so daß der Steinschleifer 3,20 Mk. und die Anlegerinnen je 2 Mk. zu bezahlen haben. Auch diese Rechtsprechung ist anfechtbar. Eigentlich hätten nach der übrigen Logik des Gerichts die Beklagten nur für sechs Stunden (1 Uhr Mittagschluß) Buße zu zahlen brauchen und nicht für neun Stunden, da die Firma einen Schaden überhaupt nicht nachgewiesen hat.

Korrespondenzen.

Berlin. In der am 10. November 1911 stattgefundenen außerordentlichen Mitglieder-Versammlung für das Steindruckgewerbe teilte Kollege Moritz den am selben Tage erfolgten Tod des Kollegen Adolf Simon mit, den Familienverhältnisse zum Selbstmord trieben. Die gegenwärtige Presse wird auch diesen Fall, wie verschiedene andere Vorkommnisse, als eine Folge des Streiks hinstellen; dies ist aber, wie schon oben angeführt, nicht der Fall. Die Versammlung ehrte das Andenken durch Erheben von den Plätzen. Kollege Moritz gab den Situationsbericht über den Stand des Ausstandes in Berlin. Danach kommen im ganzen mit den nicht der Organisation angehörigen Kolleginnen und Kollegen ungefähr 370 Personen in Betracht. Ein Teil derselben wurde anderweitig untergebracht, Streikbrecher sind sehr minimal zu verzeichnen. Bei einer Firma, die ihrem in den Ausstand tretenden Personal drei Tage Lohn und Prämien-gelder einbehielt, wurde eine Gewerbegerichts-klage angestrengt, die von der Kollegenschaft, da diese ohne Kündigung stand, gewonnen wurde. Die Gehilfen sowohl als auch ihr erhielten kein Geld, da seitens der Firma Konkurs angemeldet ist, und verschiedene Gegenstände gepfändet waren, wurden die Forderungen, die Vorrachtforderungen sind, angemeldet. Der Schutzverband muß wohl nicht mehr ausbilden können, sonst wäre wohl mit dieser Firma die Angelegenheit auf eine andere Weise geregelt worden. Nach den aus einzelnen Geschäften aufgenommenen Statistiken ist die Anzahl der augenblicklich produzierenden Maschinen eine geringe, in Betracht kommt, daß bei dem teilweise ungeschulten Personal dieselben nicht voll produzieren, so daß die Situation eine äußerst günstige zu nennen ist. Aber auch in der Provinz ist die Situation eine befriedigende zu nennen, so daß die Prinzipale, wollen sie die Weihnacht-, sowie Neujahrsaufträge nicht verlieren, und vor allen Dingen wollen sie ihr geschultes Personal nicht ganz verlieren, zu Verhandlungen wohl doch bald bereit sein werden. Aus dem mit der Gehilfenorganisation gepflogenen Briefwechsel gehe auch denn hervor, daß sie nur noch auf die 53-tägige Arbeitszeit bestehen, während die Lohnfrage seitens der Prinzipale fallen gelassen ist. Aus alledem geht hervor, daß die Bewegung nur noch von kurzer Dauer sein kann. Sämtliche Diskussionsredner traten denn auch für Weiterführung des Ausstandes ein. Ist das Zusammenhalten der Kollegenschaft weiter so musterhaft wie bisher, muß der Sieg unser sein. Große Seiterkeit rief

der Bericht eines Redners hervor, daß trotz umfassender Maßnahmen seitens der Polizei es den Ausständigen gelungen war, einem bestellten Automobil zum Transport der Streikbrecher einer größeren Firma das Anfahren zu verhindern. Derselbe betonte auch gleich, daß seinen Kolleginnen und ihm es ganz angenehm wäre, würde der Streik noch länger dauern, sie hielten es aus. Selbstverständlich regnet es Strafmandate, und sind diese eigentümlicherweise bei einer Firma 10-30 Mk., während bei anderen dieselben höchstens 3-5 Mk. betragen. Trotzdem den einzelnen Strafmandaten Postanweisungen beigefügt waren, wurden dieselben nicht bezahlt, sondern richterliche Entscheidung beantragt. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Moritz, konstatiert, daß nicht ein Redner gegen die Weiterführung der Bewegung aufgetreten, wurde die imposante Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Berlin. Die am Sonntag, den 19. November, in Mörners Festhallen stattgefundenen Versammlung ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen Richard Urban und Adolf Simon durch Erheben von den Plätzen. Kollege Moritz gab einen ausführlichen Bericht von der Lohnkommission. Im Anschluß wurden die zu den Berliner Lohnarbeitsverhandlungen mit den Prinzipalen gewählten Kommissions- und Vorstandsmitglieder bekannt gegeben. Die Diskussion bewegte sich mit einer Ausnahme in ziemlich sachlicher Weise. Der in der Tagesordnung vorgesehene Bericht über die letzte Gauleiter-Konferenz unterblieb, da sich die Situation seitdem in einer für uns anscheinend günstigen Weise geändert hat. Kollege Baumgarten machte dann Angaben über die an unsere Streikenden bisher gezahlten Unterstützungen und unterbreitete der Versammlung folgenden Antrag der Ortsverwaltung: „Vom 1. Dezember ab werden auf die Dauer von 13 Wochen Ertragsbeiträge entrichtet. Dieselben betragen in der ersten, zweiten und dritten Klasse 30 Pf., in der vierten und fünften Klasse 50 Pf. Jedes Mitglied muß den für seine Klasse festgesetzten Beitrag in der oben angeführten Anzahl beisteuern.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Zahlstelle Berlin um 4¼ Uhr geschlossen.

Dresden. Am 21. November 1911 fand in der Zentralthalle eine gemeinsame überfüllte Versammlung der im Steindruck beschäftigten Berufe statt. Zur Tagesordnung sprach zunächst der Vorsitzende des Seufelder-Bundes, Sillier-Berlin, über die gegenwärtige Situation und bemerkte, daß in allernächster Zeit zwischen der Schutzverbandsleitung und den Vorständen der beteiligten Organisationen eine unverbindliche Aussprache stattfinden soll. Treffend kennzeichnete der Redner in seinen Ausführungen die Maßnahmen des Schutzverbandes, indem er den von jener Seite erneut heraufbeschworenen Kampf von seinen Anfängen bis zur Gegenwart schilderte und betonte, daß es sich hier um eine Machfrage zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer handle, so daß wir alles daran setzen müßten, um nicht zu unterliegen. Der Kampf, der bereits seit Wochen geführt werde, habe bisher nicht vermocht, die Gehilfen und Hilfsarbeiter-schaft wandern zu machen; im Gegenteil könne mit Befriedigung konstatiert werden, daß überall, auch unter den Kolleginnen, mit der Länge der Zeit Mut und Ausdauer sich noch gehoben haben und der Kampf mit um so mehr Energie weiter geführt werden wird. Eingehend kritisierte der Redner die gegenwärtigen Versuche, welche darauf hincielen, die freien Gewerkschaften zu veräulen und dafür gelbe Verbände zu schaffen, wofür man sogar finanzielle Opfer gebracht habe. Die Suche der Unternehmer nach Arbeitswilligen, welche zu meist erfolglos geblieben sei, beweise zur Genüge, mit welchen Mitteln gearbeitet werde und wie man sich bemüht, den Betrieb einigermaßen aufrechtzuerhalten. Eigenartig ist die Berechnung, die zurzeit von 6200 ausgesperrten Gehilfen spricht, während die Listen der Zahlstellen nur in Summa 4600 Köpfe aufweisen, woraus zu entnehmen ist, daß man der Defektivität gegenüber die Lage der Gehilfen möglichst aus-sichtslos machen will. Allgemeine Seiterkeit löste die Verlesung einzelner Briefe aus und der Sprecher verband es mit Humor, die Verlegenheit der Prinzipale in der gegenwärtigen Situation vor Augen zu führen, die jetzt angewunden sind, zu allen möglichen Ausbühlmitteln zu greifen. Versehen wir den aufgedrungener Kampf in Gemeinschaft mit dem Hilfspersonal und unter Hochhaltung der Disziplin weiter zu führen, so soll es dem Unternehmertum schwer fallen, diesen noch lange auszubehalten. Unsere Finanzen werden in Mitleidenschaft gezogen; jedoch auch auf der anderen Seite kostet es Geld

und außerdem wird bei längerem Aussetzen der Produktion die Kundtschaft verloren gehen, was nicht unterschätzt werden darf. Nachdem noch zahlenmäßige Angaben über den Umfang der Ausperrung in Deutschland, wobei auch die finanzielle Frage mit Erwähnung fand, gemacht wurden, schloß der Redner seine Ausführungen unter lebhaftem Beifall. Hierauf ergriff Kollege Gaupe das Wort und berichtete über den Stand und Umfang der Ausperrung am Orie. Er kritisierte die Maßnahmen derjenigen Druckereibesitzer, welche als Nichtmitglieder auf Betreiben des Schutzverbandes ihre Leute nachträglich noch auf die Straße gesetzt haben, besonders die Firma Rente u. Ostermeier, die es verstanden hat, zum Teil alte langjährig beschäftigte Arbeiter brotlos zu machen. Auch in Dresden haben sich leider einzelne Arbeitswillige gefunden, deren Gebahren vor der Öffentlichkeit gebrandmarkt zu werden verdient und weshalb er sich nicht scheue, deren Namen zu nennen; solche Leute könnten nicht mehr als Kollegen bezeichnet werden. In verschiedenen Firmen wird durch ehemalige Berufsangehörige und Arbeitswillige, die sonst in anderen Geschäften tätig sind, nachts und Sonntags gearbeitet, jedoch hat man auch diese Personen soweit als unmöglich festgestellt. Unserer Ansicht ist es gelungen, einige von auswärtig gekommene Kollegen abzufangen und zur Wiederabreise zu veranlassen; außerdem habe eine Anzahl unverbesserter Leute Dresden bereits verlassen. Ferner ist festgestellt worden, daß die steinengebliebenen und herbeigeholten Arbeitswilligen in der Mehrzahl unfähige Kräfte sind, die uns wenig schaden können und bei Wiederaufnahme der Arbeit das Feld ihrer unsaubereren Tätigkeit verlassen müssen. Gegenwärtig erhalten 26 Mann Streikunterstützung und es steht nicht zu erwarten, daß sich bei der günstigen Konjunktur diese Zahl noch vermehrt. Halten wir aus, so wird und muß der Sieg, da wir für eine gerechte Sache kämpfen, auf unserer Seite sein! Nachdem sprach Kollege Franz Herrmann und berichtete über die Lage, soweit das Hilfspersonal in Frage kommt. Anschließend an die Ausführungen der Vorredner ergänzte er dieselben und betonte namentlich die erfreuliche Tatsache und die Vorteile des gemeinsamen Handelns zwischen gelerntem und ungelerntem Personal, woran es bei früheren dergleichen Anlässen leider immer gefehlt habe. Es müsse diese Taktik des Kampfes als die einzig richtige bezeichnet werden, denn allein sind wir nichts, vereint aber alles. Mit Bedauern ist wahrgenommen worden, daß einige organisierte „Ober“ nicht das solidarische Ehrgefühl bewiesen haben, was vom gewerkschaftlichen und kollegialen Standpunkte aus als selbstverständlich vorausgesetzt und verlangt werden mußte. So habe z. B. ein „Ober“ einen unorganisierten Arbeitswilligen mit der Handtaschenmaschine verbrannt gemacht, was ein dort stehengebliebener Kollege von uns vordem verhindert hatte. Außerdem habe eine Geschäftsleitung eine Kollegin durch Drohung und Versprechungen zum Umfallen gebracht, mit dem Bemerkens, daß man ihren Mann nicht wieder hereinnehmen werde, wenn sie ihre Kündigung aufrecht erhalte. Auch Kollege P. Herrmann machte noch zahlenmäßige Angaben über den Umfang der Ausperrung des Hilfspersonals und bemerkte, daß unter heutigem Tage weitere 25 Kolleginnen, die in solidarischer Weise gekündigt hatten, ihre Arbeitsplätze verlassen. Gerade diese Kolleginnen haben überzeugend bewiesen, daß ihnen das Wort Solidarität kein leeres Begriff ist und daß sie gesonnen sind, an der Seite ihrer männlichen Mitarbeiter durch ihre Unterstützung den Kampf um so eher zu Ende zu führen. Auch Kollege Wenke betonte mit hinreichenden Worten die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, mit deren Hilfe es möglich gewesen sei, das Unternehmertum zu bekämpfen und die fortgesetzte Unterdrückung der Arbeiterschaft hintanzuhalten. Der Kampf des Proletariats um ein menschenwürdiges Dasein, gleiche Rechte und eine Hebung seiner wirtschaftlichen Lage sei nicht neu; jedoch haben lange Jahre dazu gehört, um hier durch gesetzliche Maßnahmen einen Umschwung zugunsten des arbeitenden Volkes herbeizuführen. Die Beschneidung des Koalitionsrechtes werde unausgesetzt versucht, sobald energischer Protest dagegen erhoben werden muß, wenn das Erreichte nicht wieder geschmälert werden soll. Eingehend auf seine Erfahrungen als Berufscollegen stimmte auch er dafür, daß man den angebotenen Kampf führen müsse und nicht eher ruhen dürfe, bis die gestellten Forderungen bewilligt würden, was durch ein gemeinsames Vorgehen leichter erreicht werden könnte. Als Beweis dafür, daß das Steindruckgewerbe dem Unternehmer noch einen ziemlich hohen Gewinn erbringe, gab der

Redner zahlenmäßige Unterlagen bekannt, welche erkennen ließen, daß bei gutem Willen auf jener Seite un schwer höhere Löhne gefordert werden können, selbst wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit dabei mit in Betracht komme. Der Redner schloß seine Ausführungen unter allgemeinem Beifall. Eine Anfrage aus der Versammlung, wie die Verwaltung sich zu der „Ober“-Frage stelle, wurde vom Kollegen Sillier kurz und bestimmt beantwortet. Hierauf versetzte Kollege Leinen dieselbe Angelegenheit weiter und motivierte in längerer Ausführungen seine Stellungnahme zu dieser Sache unter Zugrundelegung der Statuten. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß man in jedem einzelnen Falle die Umstände konsequent prüfen und rücksichtslos gegen Zuwiderhandelnde vorgehen werde. Obwohl nicht verkannt werden dürfe, daß die eigenartige Stellung, die Kündigungsfristen und das Vorgehens-Verhältnis eine besondere Auslegung sowie Beurteilung erfordere, so könne er aber schon heute die Versicherung geben, daß hierbei nach bestem Wissen und Gewissen verfahren wird. Er müsse es den betreffenden „Ober“-Kollegen überlassen, wie sie als Verbandsmitglieder ihre Handlungsweise und Maßnahmen mit den Satzungen des Statuts zu rechtfertigen gedenken und wie weit sie ohne Nachteile für ihre Person und die Gesamtheit gehen können. Diese wohlmeinende Warnung möchte er an dieser Stelle und noch zu rechter Zeit hiermit aussprechen. Zum Schluß nahm Kollege Sillier nochmals das Wort und forderte die Versammlung auf, so wie bisher auch weiterhin im Kampfe auszuhalten bis zum siegreichen Ende.

Nürnberg-Fürth. Die aus Anlaß der bewegten Zeitläufte sehr gut besuchte Mitglieder-Versammlung am 21. November befaßte sich neben dem Geschäfts- und Kassenbericht für das dritte Quartal mit dem Stand der Bewegung im Steindruckgewerbe und mit der Verschleppungstaktik des Deutschen Buchdrucker-Vereins bei Festlegung der Allgemeinen Bestimmungen für das Hilfspersonal. Zum Geschäftsbericht ist zu bemerken, daß die jetzige Bewegung schon lange ihre Schatten voraus warf, was wohl am besten durch die hohe Zahl der Neuaufnahmen zum Ausdruck kommt. Der Mitgliederbestand beträgt am Quartalschluß 193 männliche und 897 weibliche, insgesamt 1090. Der Zubachs gegen das zweite Quartal beträgt 299 Mitglieder. Sind wir uns auch darüber klar, daß nach Beendigung des Streiks der Mitgliederbestand zurückgehen wird, so können wir doch zuversichtlich annehmen, daß das Gros der Neugewonnenen in der Organisation bleibt, wie sich ja auch nach der Zurückziehung der Arbeitsordnung im Vorjahre das Verhältnis der Ausgetretenen zu den Neugewonnenen bedeutend gebessert hat. Auch die gleichgültigsten Arbeiterinnen lernen allmählich erkennen, daß der Verband nicht als Zufluchts- und Unterschlupf für bewachte Zeiten dient, sondern einen sicheren Rückhalt für alle Fahrnisse des Lebens bietet. Geschäftsversammlungen fanden 24 statt, dazu noch drei öffentliche und 2 Mitgliederversammlungen. Lohnforderungen wurden in zwei Firmen gestellt und auch ohne Kampf durchgesetzt. Die Einnahmen für die Verbandskasse betragen in dem Vierteljahr 3621,40 Mark. Von den Ausgaben beanspruchte die Arbeitslosenunterstützung 396,95 Mk., die Krankenunterstützung die verhältnismäßig hohe Summe von 790,45 Mk., die Wöchnerinnenunterstützung 130 Mk. An Streikunterstützung wurden für die in anderen Berufen beschäftigten Mitglieder 231,60 Mk. ausbezahlt; ein Vorgang, der uns zu denken gibt und uns veranlassen wird, solche Mitglieder nach Verlauf eines Vierteljahres der zuständigen Organisation zu überweisen. Die Lokalkasse, an die jetzt große Anforderungen gestellt werden, hatte eine Einnahme von 1007,84 Mark, bei einem Kassenbestand von 1519,47 Mk. am Quartalschluß. Obwohl der Kampf schon sieben Wochen dauert, sind die Streikenden noch so unerschrocken, wie in der ersten Woche und es hat sich kein Abtrünniger unter dem Hilfspersonal gefunden trotz der verlockenden Angebote, die den sonst so gering gewerteten Schleifern und Arbeiterinnen gemacht wurden. Einer Anlegerin wurden 20 Mk. geboten von einer Firma, die bei einem Lohn von 15 Mk. schon den Ruin des Gewerbes prophezeit. Schleifern und „Tagelöhner“ bietet man jetzt Löhne, die man früher gar nicht zu fordern wagte aus Besorgnis, die Kunstausflüchten würden nach Thüringen auszuwandern oder nur als Glendindustrien, die nicht einmal das im Geschäft investierte Kapital verzinsen können, weiter begüterten. Was sich an Arbeitswilligen einführt, läßt sich in den allermeisten Fällen von den Streikposten auflären, teilweise sind es Erbpresler, die sich sehr gern mit einem Trunkgeld in

des Wortes vollster Bedeutung abfinden lassen, womit auch der Arbeitseifer erloschen ist. Bei manchen dieser Gestalten denkt man unwillkürlich an Rackerlin. Für den Schutz der Streikposten sorgt ein vor jeder Firma patrouillierender Schutzmann. Mit Ausnahme eines Wächters, dessen unbefriedigter Latenzrang eine Menschenanammlung veranlaßte, hat noch niemand den langersehten Zeitpunkt zum Eingreifen für gekommen erachtet. Auch bei den Druckern haben sich weder Abtrünnige noch Arbeitswillige gefunden. Die von auswärtig Verschiedenen wurden nach Darlegung des Sachverhalts alle wieder abgehoben. Was von dem Hilfspersonal im Betriebe ist, bezieht sich auf die ältesten Jahrgänge, die anderswo nicht mehr unterkommen und die überall, nur nicht an Maschinen und Handpressen beschäftigt werden können. Ergötzlich ist es jetzt zu erfahren, wie selbst ein Prinzipal im blauen Leberanzug Steine schleift und transportiert. Hauptsächlich erhält man dadurch außer der Hand voll Schwielen auch eine andere Ansicht von der Arbeitsleistung und Bezahlung der Hilfsarbeiter. Aus der Bewegung im Steindruck glauben auch viele Buchdruckprinzipale Kapital schlagen zu können, weshalb die Verhandlungen solange hinaus geschoben werden. Was man den Gehilfen gab, nicht aus der vielfach gerühmten sozialpolitischen Einsicht, sondern unter dem Druck der Organisation, woran auch der Anschluß an den Bund der Industriellen nichts zu ändern vermochte, sucht man beim Hilfspersonal einzusparen. Die Anträge, die die Prinzipale zur Revision der Allgemeinen Bestimmungen stellten, enthalten solche Verschlechterungen gegen den jetzigen Zustand, daß man sich Mühe geben muß, ernst zu bleiben. Solche Verbesserungen lassen sich höchstens Gelbe gefallen. Auch die Leibzuger Vorgänge werden wohl mit den willkommenen Anlaß zu der bisherigen Verschleppung gegeben haben. Nachdem, was bisher durchgeführte, wollen die hiesigen Prinzipale nur eine geringe Lohnhöhung ausgeben und sie glauben, sich damit den Frieden auf fünf Jahre erkaufen zu können. Gleich den Gehilfen legen auch wir den Schwerpunkt auf die Lohnfrage, denn das Hilfspersonal bei seinem bescheidenen Einkommen spürt die Lernerung viel härter. Wir sind zwar grundsätzliche Anhänger des Tarifgebantens, damit ist aber nicht gesagt, daß wir um jeden Preis einem Tarif zustimmen, der nur die Form wahr, dessen materieller Inhalt keinen Ausgleich für die erhöhten Kosten der Lebenshaltung in den nächsten fünf Jahren bietet und der statt als Instrument des Fortschritts nur als Semmelschuh wirkt. In der Diskussion äußerten sich die Meinungen dahingehend, daß man wohl nach Erneuerung des Tarifes streben müsse, aber sich nicht unter allen Umständen auf fünf Jahre binde, zumal der Mindestlohn über 1 Mk. darüber in den meisten Fällen den Höchstlohn bedeutet. Der Erlaß des Verbandsvorstandes, der die Erhebung von Extrabeiträgen anordnet, fand ungeteilte Zustimmung und es ist zu erwarten, daß sich niemand von den Mitgliedern weigert, seinen bescheidenen Teil zur erfolgreichen Durchführung des Kampfes beizutragen.

Briefkasten.

Wegen Stoffmangel mußten verschiedene Berichtsberichte zurückgestellt werden.

Versammlungskalender.

Braunschweig. General-Versammlung am Sonntag, den 10. Dezember 1911, nachmittags 3 Uhr, im „Fürstenthor“, Stobenstraße 9, Zimmer Nr. 3. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vorstandswahl. 3. Kartellbericht. 4. Abrechnung von unserem dritten Stiftungsfest. 5. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.

Abrechnungen.

Das dritte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Altenburg 248,35, Eberswalde 21,30, Freiburg 79,90, Gotha 47,85, Hamburg 926,45, Hanau 40,20, Herford 74,40, Nürnberg 1219,42 Mk.

Nicht abgerechnet haben Mannheim und Weimar.

S. L o b a d l.

Beilage zur „Solidarität“

Welches Interesse hat die Arbeiterschaft an der Organisation der Heimarbeiter.

Der sterbende Reichstag wird in aller Eile in letzter Stunde noch ein Gesetz zustande bringen, was über den Kreis der Betroffenen hinaus für die Gesamtarbeiterschaft von Bedeutung ist: das Hausarbeitsgesetz.

Den Anstoß zur Einbringung des Entwurfs gaben der Heimarbeiterkongreß von 1904 mit anschließender Ausstellung von Heimarbeitszeugnissen und die Heimarbeitsausstellung von 1906. Das Interesse, das gerade dieser Ausstellung von höchster Stelle aus entgegengebracht wurde — bekanntlich besuchte die deutsche Kaiserin die Ausstellung und gab dadurch Veranlassung, daß von da ab die Zahl der Besucher aus den Reihen der beständigen Klasse sich auffallend stark mehrte — ließ in den Augen vieler eine baldige Aenderung der Gesetzgebung zugunsten der Heimarbeiter erwarten. Diese Erwartungen, die übrigens von der Arbeiterschaft nicht geteilt wurden, haben sich nicht erfüllt. Es blieb beim alten. Gegen Ende des Jahres 1907 ist allerdings der Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes dem Reichstage zugegangen, das jetzt endlich, nach nahezu vier Jahren, in aller Eile verabschiedet werden soll. Die Regierung und die Mehrheitsparteien im Reichstage werden voraussichtlich hierzu ihr Möglichstes tun. Sie erhoffen von der Verabschiedung eines sozialpolitischen Gesetzes, das für die Vermissten der Armen, die Heimarbeiter und Arbeiterinnen bestimmt ist, eine günstige Einwirkung auf den Ausfall der Reichstagswahlen.

Nach all dem, was bisher über die Absichten der Regierung und der Mehrheitsparteien in Bezug auf das Hausarbeitsgesetz laut geworden ist, wird dies den Heimarbeitern und Arbeiterinnen nicht das bringen, was sie dringend brauchen: gesetzliche Regelung der Mindestlöhne. Der Antrag, Lohnämter einzuführen, die diese Aufgabe erfüllen sollten, wurde in der Kommission und bisher auch im Plenum des Reichstages abgelehnt. Neuerdings ist die Idee davon, daß die Regierung beabsichtigt, dem Bundesrat das Recht zu geben, „Fachauschüsse“ einzusetzen, die aber die geforderte gesetzliche Lohnregelung nicht herbeiführen können, vielmehr nur beratende und anregende Körperlichkeiten darstellen, die unter andern auch den Abschluß von Tarifverträgen fördern sollen.

Fest steht — es ist dies auch auf dem im Januar d. J. von Vertretern der verschiedensten Richtungen veranstalteten Heimarbeiterkongreß zum Ausdruck gebracht worden — daß das Hausarbeitsgesetz ohne die geforderten Lohnämter auf die Verhältnisse der Heimarbeiter durchaus nicht fördernd, wohl aber schädigend einwirken könnte. Die geplanten Fachauschüsse bieten für die geforderten Lohnämter keinen Ersatz.

Bei dem traurigen Organisationsverhältnis der Heimarbeiter werden selbst Lohnämter nicht allein imstande sein, die traurigen Arbeitsbedingungen aus der Welt zu schaffen. Dies zeigen uns die Vorgänge in England. Dort bestehen seit 1909 Lohnämter. Nach dem letzten internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung haben vielfach aber die Heimarbeiter zum Streik greifen müssen, um den von den Lohnämtern festgesetzten Bedingungen Anerkennung zu verschaffen. Dies zeigt natürlich das Vorhandensein einer starken Organisation der Heimarbeiter voraus, an der es leider noch immer in Deutschland mangelt. Dies ist bekannt. Bekannt sind auch die Schwierigkeiten, die der Gewinnung von Heimarbeitern — meist Frauen und Töchter der Arbeiterklasse — entgegenstehen. Bekannt sind aber auch die Folgen, die sich hieraus ergeben.

Wiederholt haben sich deshalb die Gewerkschaftskongresse mit dieser Frage beschäftigt und

den organisierten Arbeitern zur Pflicht gemacht, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß ihre Familienangehörigen, die Heimarbeit verrichten, sich den zuständigen Organisationen anschließen. Dies ist auf dem Kölner, dem Hamburger und dem Dresdener Gewerkschaftskongreß geschehen. Ein Wbafß der auf diesem Kongreß in der Frage der Heimarbeit angenommenen Resolution lautet: „Der organisierten Arbeiterschaft macht es der Kongreß zur Pflicht, die Bestrebungen zur Organisation der Heimarbeiter nach Kräften zu unterstützen, vor allem dafür zu sorgen, daß ihre gewerblich tätigen weiblichen Familienangehörigen sich ihrer Berufsorganisation anschließen.“

Was die mangelhafte Organisation der Heimarbeiter und Arbeiterinnen für Wirkungen zeitigt, ist erst in letzter Zeit bei der vom Verband der Schneider geführten Bewegung in der Wäfschebranche bewiesen worden. Sie wäre günstiger verlaufen, wenn die Arbeiterorganisation sich auf eine größere Anzahl organisierter Arbeiterinnen hätte stützen können.

Daß unter den elenden Verhältnissen in der Heimarbeit die gesamte Arbeiterschaft leidet, ist selbstverständlich. Höhere Stüdlöhne — für Heimarbeit kommt meist Akkordarbeit in Frage — würde den Frauen der Arbeiterklasse, die einen großen Prozentfaß der Heimarbeiterinnen stellen, ermöglichen, sich mehr der Besorgung des Haushaltes, der Pflege und der Erziehung der Kinder zu widmen. Es braucht wohl nicht erst besonders auseinanderzusetzen zu werden, welche Vorteile hieraus der Arbeiterfamilie erwachsen würden. Kürzere Arbeitszeit wäre auch in Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiterfrau dringend zu wünschen, die sich heute in doppelter Arbeit entseißt und Körper und Geist ruiniert. Nirgend braucht solange gearbeitet werden, um annehmbare Verdienste zu erzielen, als in der Heimarbeit.

Wie nun in allen andern Fragen, so werden auch in der Frage der Heimarbeit durchgreifende Reformen erst durch die Heimarbeiter selbst geschaffen werden können. Die Vorbedingung hierfür, der Zusammenschluß der Heimarbeiter und Arbeiterinnen in die gewerkschaftlichen Organisationen steht aber bis jetzt und ist so schwer herbeizuführen. Hauptfächlich deshalb, weil die in der Heimarbeit Beschäftigten allein arbeiten. Der Zusammenschluß ist aber heute dringender als je. Deshalb richten wir auch an dieser Stelle noch einmal die schon wiederholt ausgesprochene Bitte an alle Arbeiter, in deren Hause Heimarbeit verrichtet wird, die Familienmitglieder über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation aufzuklären und sie zum Anschluß an die in Frage kommenden Verbände zu veranlassen.

Wie sich die Arbeiterschaft der verschiedensten Berufe durch jahrelange Kämpfe und durch Stärkung der Organisation Anerkennung verschafft und Berücksichtigung der gestellten Forderungen erreicht hat, so wird dies auch den in der Heimarbeit beschäftigten Männern und Frauen möglich sein, wenn auch diese erst in starken Organisationen vereinigt, dem vereinigten Unternehmertum entgegentreten können. Es ist ein trauriges Leben, das die Heimarbeiter führen. Bei gutem Willen ist es der organisierten Arbeiterschaft möglich, es glücklicher und sonniger zu gestalten.

Volkswirtschaft.

Ursache und Wirkung.

Jede unserer Hausfrauen wird ein Lied von den teuren Lebensmittelpreisen singen können. In jedem Haushalt wird die Teuerung wahrgenommen, ausgenommen diejenigen, welchen es nichts ausmacht, ob sie für ein Duzend Aultern 18 Mk. oder 30 Mk. zahlen. Ja, vom Ministerlich wurde die Teuerung auch geseugnet, also gibt

es keine. Und doch entstehen so nach und nach Kronzeugen, daß die Teuerung wirklich vorhanden ist. Einer dieser Kronzeugen ist der Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Provinz Sachsen, welcher vor einigen Tagen unter Beteiligung der Staatsbehörden und der Landwirtschaftskammer eine Besprechung über die diesjährige Mißernte und Seuchenschäden in Halle abhielt. Von der Genossenschaft wurde einwandfrei festgestellt, daß der Ernteausfall an Kartoffeln, Gemüse und Rüben durch die Dürre für die Provinz Sachsen allein 300 Millionen Mark ausmacht. In diesem Betrage ist derjenige enthalten, welcher für das Eingehen von Vieh in Ansaß gebracht werden muß. Nach den vorgenommenen Feststellungen sind über 20 Prozent des Viehbestandes vernichtet worden. Dieser Schaden ist durch Seuchen entstanden, welche sich ziemlich gleichmäßig über die ganze Provinz ausdehnten.

Diese obigen Feststellungen werden auch durch die amtlichen Tabellen bestätigt, welche allmonatlich vom Statistischen Amte veröffentlicht werden. Darnach wurden im Monat Oktober an Ackerbauerzeugnissen (Kartoffeln, Getreide, Gemüse) ausgeführt 2 623 947 Doppelzentner, während im Oktober 1910 diese Ausfuhr 3 168 256 Doppelzentner betrug. Es ist also zwischen den beiden gleichen Monaten ein Unterschied von über eine halbe Million Doppelzentner vorhanden.

Bei der Einfuhr tritt das gleiche Bild zutage. Im Oktober d. J. wurden an Ackerbauerzeugnissen eingeführt 16 292 559 Doppelzentner gegen 13 565 784 Doppelzentner im gleichen Monat 1910. Es ist also ein Mehr von ziemlich drei Millionen Doppelzentnern gegen das Vorjahr.

Aus diesen Ziffern ist am besten ersichtlich, was Deutschland für Werte an das Ausland abgeben muß, um seine Bevölkerung zu ernähren. Wir sind eben gezwungen, einen großen Teil unserer Nahrung vom Ausland zu beziehen, weil Deutschland aus einem Ackerbau treibenden Staat ein Industrie treibendes Land geworden ist, welches nicht mehr imstande ist, seine Einwohner mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu versehen, welche zum Lebensunterhalt notwendig sind.

Die Dürre dieses Jahres hat sich, wie bekannt, vor allem in der Kartoffelernte bemerkbar gemacht. Die Preise für dieses wichtigste Volksnahrungsmittel sind bedeutend gestiegen, und diese Preissteigerung macht sich wiederum in einem sonst so einträglichen Geschäft unserer Herren Agrarier bemerkbar: in der Branntweimbrennerei. Da die Kartoffeln so hoch im Preise stehen und andererseits mindestens ebenso gute, wenn nicht bessere Verwertung finden, ist der Zuluß für Brennereizwecke gering. Aus diesem Grunde ist auch die Produktion an Branntwein eine auffallend geringe; nur 103 858 Hektoliter (1 Hektoliter gleich 100 Liter) wurden gebrannt. Wenn diese Ziffern auch immerhin noch eine ganz bedeutende Menge bedeuten, so ist der große Rückgang in der Brennerei doch erst wahrnehmbar, wenn man die Ziffern der letzten Jahre nebeneinander stellt:

Es wurden gebrannt	im Oktober 1911	1910	1909	1908
Hektoliter	103 858	120 000	188 992	218 224

Diese Zahlen zeigen ein gewaltiges Sinken nach unten. Wenn das Fallen weiter so anfängt, wäre es gut für unseren ganzen Arbeiterstand. —

In der Gewinnung des Zuckers macht sich die schlechte Ernte gleichfalls sehr bemerkbar. Seit dem 1. September d. J. wurden gewonnen:

Rohzucker aller Art . . .	4 696 334 Doppelzentner
Verbrauchszucker . . .	1 867 861
Speisesyrup . . .	10 224

In der gleichen Zeit (September/Oktober) des Jahres 1910 wurden gewonnen:

Rohzucker aller Art . . .	8 072 908	Doppelzentner
Verbrauchszucker . . .	2 453 902	"
Speisefyrup	7 110	"

Beim Vergleichen der Zahlen aus den beiden letzten Jahren wird man finden, daß die Gewinnung des Zuckers um etwa 100 Prozent zurückgegangen ist. Es ist dieses ein Rückgang, wie er in gleichem Maße noch nie festgelegt worden ist, und dadurch werden auch die steigenden Preise für dieses Produkt erklärlich.

Aber was will das alles sagen: Einen Notstand haben wir nicht — sagen die Minister!

—e.

Rundschau.

Prämien sind geschätzte Lohnbestandteile. So entschied das Kreisgewerbeamt zu Letzmatte und beurteilte damit eine Fabrik zur Nachzahlung zurückgehaltener Prämiengehälter. Der wesentliche Teil der Begründung besagt dazu folgendes: „Zwischen den Parteien liegt ein Dienstvertrag nach § 611 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs vor. Die Höhe der Vergütung ist teilweise beim Abschluß des Vertrages bestimmt gewesen. Was jedoch die Prämien anbelangt, so sind diese angeblich schwankend. Es ist aber bei der Beklagten seit vielen Jahren üblich, daß in Form von Lohnerhöhungen Prämien gezahlt werden. Hierin haben auch beide Teile ein Interesse; die Beklagte will den Arbeiter zu möglichst intensiver Arbeit anspannen und der Arbeiter mehr verdienen. Die Prämien sind also durch längere Übung Bestandteil des Lohnes geworden, sobald in Anwendung der §§ 157 und 242 des Bürgerlichen Gesetzbuchs dem Kläger ein Rechtsanspruch auf die Prämien zuguerkennen ist. Was die Berechnung der Prämien anbelangt, so kommt § 612 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Betracht. Dieser Paragraph bestimmt, daß, wenn die Höhe der Vergütung nicht bestimmt ist, die übliche Vergütung als vereinbart anzusehen ist. Die übliche Vergütung ist aber das Prämienystem, wie es bei den bisherigen Berechnungen üblich war.“ Dieses logische Urteil dürfte vielen Prämienempfängern im Unternehmerlager das Konzept bedeutend verderben und ihr heißes Verlangen nach so schwankender und willkürlicher Lohnzahlungsmethode ziemlich abkühlen.

Die Zahl der Tarifgemeinschaften Ende 1910 bezifferte sich nach dem vierten Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ auf 8293 (Ende 1909: 6667) Tarife in 173 727 (188 785) Betrieben für 1 361 086 (1 139 974) Personen. Im polygraphischen Gewerbe bestanden Ende 1910 84 (Ende 1909: 69) Tarife in 9586 (9130) Betrieben für 86 339 (80 711) Personen. Bei nur einmaliger Zählung der daselbe Tarifverhältnis betreffenden Tarifverträge und deren Einordnung unter die der Betriebs-tätigkeit der umfaßten Arbeiter entsprechenden Gewerbegruppen ergeben sich insgesamt 3756 im Jahre 1910 begonnene Tarifgemeinschaften in 73 204 Betrieben für 735 360 Personen; für das polygraphische Gewerbe im besonderen 26 begonnene Tarifgemeinschaften in 129 Betrieben für 2682 Personen.

Die gewerkschaftliche Organisation der österreichischen Arbeiterinnen. Die Gewerkschaftskommission hat vor kurzem ihren Bericht über die Stärke und die Entwicklung der österreichischen Gewerkschaften herausgegeben. Durch den Einfluß der separatistischen Bewegung ist die Zahl der männlichen Mitglieder zurückgegangen, dagegen ist die Zahl der weiblichen Mitglieder gestiegen. Ihre Zahl ist von 89 736 im Jahre 1909 auf 42 607 im Jahre 1910 gestiegen. Gewiß können die weiblichen Mitglieder mit dieser Zunahme zufrieden sein, wenn auch bei rühriger Agitation noch weit mehr zu erreichen wäre. Den größten Prozentanteil der weiblichen Mitglieder haben, wie in Deutschland, auch in Oesterreich die Textilarbeiter; es gehörten der Union dieser Branche 14 424 weibliche Mitglieder an. Dann folgt die Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen mit 7083 Frauen, dieser der Verband der Metallarbeiter mit 2642 Frauen, der Verband der Papierarbeiter und Arbeiterinnen mit 2273 und der Verein der Buchbinder mit 2145 Frauen. Wie groß der materielle Vorteil für die Arbeiterinnen bei den gewerkschaftlichen Mitgliedern ist, zeigt, daß die Union der Textilarbeiter in den 3½ Jahren, seitdem ein Entbindungsbeitrag ausgezahlt wurde, 45 500 Kronen für diese Unterstützung ausgegeben hat. Dies eine Beispiel zeigt uns schon, daß die Arbeiterinnen den Wochenbeitrag, welchen sie

zahlen müssen, vielfach wieder zurückerhalten, selbst wenn nur die Unterstützungen in Berechnung gezogen werden. Wieviel mehr ist dies aber der Fall, wenn man bedenkt, daß ohne den Einfluß der Gewerkschaften gewiß die Löhne der österreichischen Arbeiterin noch bedeutend niedriger wären, als es ohnehin der Fall ist. Sehr erfreulich ist es auch, wenn wir hören, daß die Union der Textilarbeiter in der Zeit der Krise 26,5 Proz. männliche, aber nur 20,5 Proz. weibliche Mitglieder verloren hat. Dies zeigt, daß die Frauen, wenn sie einmal den Wert der Organisation erkannt haben, auch an dieser Erkenntnis festhalten. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen würde gewiß noch mehr zunehmen, wenn die Agitation in allen Branchen eine gleich lebhaft wäre. Leider gibt es immer noch Verbände, die wenig für die gewerkschaftliche Organisation unter den Frauen tun und das Verben weiblicher Mitglieder dem Zufall überlassen. Dort wo systematisch unter den Arbeiterinnen agitiert wird, haben die Gewerkschaften immer Erfolge erzielt. Was bei den Textilarbeiterinnen möglich ist, das wäre unter allen Arbeiterinnen erreichbar. Soffentlich stellen sich auch die politischen Frauenorganisationen in den Dienst der gewerkschaftlichen Organisation und trachten, jedes Mitglied, das einer Erwerbsarbeit nachgeht, dieser Branchenorganisation zuzuführen. Vereinte Kraft wird auch hier sehr viel erreichen.

Die Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, Berlin, Waalberstr. 41, hat in dem soeben abgeschlossenen 12. Betriebsjahr wiederum eine bemerkenswerte gemeinnützige Wirksamkeit entfaltet und eine praktische Bildungsarbeit geleistet, deren Umfang der Tätigkeit vieler hervorragender staatlicher und städtischer Bibliotheken nicht nachsteht. Das neue schmucke Heim und seine vorbildlichen Einrichtungen wurden auch im verflossenen Jahre wieder von zahlreichen Fachleuten des In- und Auslandes sowie von einer Reihe von gewerkschaftlichen Studienkommissionen eingehend besichtigt.

Nicht weniger als 377 Personen fanden sich durchschnittlich täglich ein, die entweder ein gutes Buch nach Hause entliehen oder an Ort und Stelle in den behaglichen Leserräumen geistige Erholung suchten. Die Verwaltung ist stets bemüht, den Lesern bei der Auswahl passenden Lesestoffes ratend zur Seite zu stehen. Durch eine täglich wechselnde Ausstellung belehrender Schriften aus allen Wissensgebieten führt sie den Besuchern die Reichhaltigkeit der Bibliothek vor Augen und sucht Anregungen zu nützlichem Lektüre zu geben. Die prompte Abfertigung beim Bücherwechsel, die vermöge der praktischen Einrichtungen und des eigenartigen, durch den Fundator ermöglichten Ausleihsystems sich selbst bei stärkstem Andrang ohne nennenswerten Zeitverlust vollzieht, berührt jeden Besucher auf das angenehmste und wirkt zu alten Freunden ständig neue.

In der Ausleihbibliothek wurden im 12. Betriebsjahre 66 796 Bände nach Hause verliehen gegen 70 168 Bände im Vorjahre. Die kleine Minderung der Leselust dürfte auf die außer-gewöhnliche und anhaltende Hitze dieses Sommers zurückzuführen sein. In Verlust geraten sind 13 Bände. Von der Gesamtzahl der Entlehnungen entfallen 44 812 Bände auf schöne und 21 984 Bände auf belehrende Literatur. An letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenszweige in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 4138, Geographie 2962, Naturwissenschaften 4440, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 2983, Gewerbekunde, Technik 2793, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 2449, Kunst, Musik, Literaturgeschichte usw. 2219 Bände. Die verlangten wissenschaftlichen Bücher machten im Berichtsjahr 33 Proz. aller Entlehnungen aus. Insgesamt sind im 12. Jahre 81 286 Bände in und außer dem Hause entlehnt worden; in den 12 Betriebsjahren zusammen 875 940 Bände.

Die Lesehalle wurde im 12. Betriebsjahre von 64 106 Personen gegen 63 020 Personen im Vorjahre, und zwar 61 839 Männern und 2267 Frauen, in den 12 Jahren zusammen von 749 030 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 557 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Arbeitszimmer der Lesehalle aufgestellte, 1888 Bände zählende Nachschlagelbibliothek wurde von den Besuchern in umfassender Weise zu Rate gezogen.

Die Gesamtzahl der Besucher, die im 12. Betriebsjahr Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 130 902 Personen. Seit der Eröffnung vor 12 Jahren haben insgesamt 1 464 300 Personen das Institut aufgesucht.

Das Institut ist werktäglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr geöffnet.

Eingegangene Druckschriften.

Warum mußt Du Sozialdemokrat sein? Mit diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, eine 16 Seiten umfassende Flugschrift, die in der Agitation zu den Reichstagswahlen gute Dienste leisten wird. Der Preis ist 10 Pf.

Wahlzügen der bürgerlichen Parteien. Eine Sammlung und Widerlegung der von den bürgerlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen. Zweite veränderte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis gebunden 3.— Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Die Aehrenseerinnen. Eine gute zweifarbige Reproduktion dieses Bildes von Millet wird der Verlag der Zeitschrift „In Freien Stunden“ diesmal beim Schluß des Halbjahrganges den Abonnenten überreichen.

Das Gratisunfallblatt erhalten alle Abonnenten, die den gegenwärtig erscheinenden Roman Oliver Twist von Charles Dickens vollständig bezogen haben. Neuzuglutretenden Abonnenten können die bisher erschienenen Hefte noch nachgeliefert erhalten.

„In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich und kostet pro Heft 10 Pf. Bestellungen durch alle Parteipositionen, Buchhandlungen und Kolporture.

Im Reichstagswahlkampf wird auch die Reichsversicherungsordnung eine Rolle spielen. Namentlich das Zentrum wird versuchen, mit diesem Gesetz politische Geschäfte zu machen. Da ist es doppelt nötig, daß die Arbeiterchaft über den Inhalt dieses „arrogantigen Reformwertes“ möglichst genau orientiert ist. Namentlich die Funktionäre der Arbeiterorganisationen und überhaupt die Verwaltungsstellen der letzteren werden ohne eine genauere Kenntnis des Gesetzes schwerlich auskommen. Eine geeignete Ausgabe ist die vom Genossen Hoch-Sanau herausgegebene „Reichsversicherungsordnung“ nebst Einführungs-gesetz. Diese Ausgabe enthält Erläuterungen, durch die der Text des komplizierten Gesetzes verständlicher und das Informieren erleichtert wird.

Von der Hoch'schen Reichsversicherungsordnung ist jetzt die zweite Auflage in gleich guter Ausstattung erschienen. Das Buch kostet in Leinen hiesig gebunden 5 Mk. Bestellungen nehmen alle Parteibuchhandlungen und der Verlag G. Siebel — Volkstümliche Zeitschrift für praktische Arbeiter-Versicherung — Berlin NO. 43, entgegen.

Soeben ist im Verlag von F. S. W. Dieß Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart erschienen: Das großindustrielle Beamtentum. Eine gewerkschaftliche Studie von Richard Wolft. Siebzehntes Bändchen der Kleinen Bibliothek. 118 Seiten. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinspreis 50 Pf.

Der Verfasser behandelt die großindustrielle Angelegenheitenbewegung vorwiegend als industrielles Organisationsproblem. „Es kam mir darauf an“, führt der Autor in dem Vorwort aus, „die Stellung der Industriellen zum Betrieb, zum Arbeiter und zum Unternehmer aus der Struktur der großindustriellen Arbeitsorganisation heraus verständlich zu machen. So sind denn auch die Organisationsfragen verhältnismäßig breit angelegt, um die Probleme herauszuarbeiten, die speziell den Arbeitergewerkschafter an der ganzen Industriebeamtentumbewegung interessieren.“

Jack London, Wolfsblut (Band 9 der „Welt der Fabren und Abenteuer“), illustriert von Walter Heubach, in Umschl. geheftet 3 Mk., in farbigem Leinenband 4 Mk. (Hr. Ernst Festenfeld, Freiburg i. Br.)

Jack London beweist in „Wolfsblut“ zum ersten Male, daß es möglich ist, einen Tierroman zu schreiben, ohne am Wesen des Tieres zu ändern. Die Vertiefung in die Seele des Tieres ist einzigartig und die Lebensgeschichte des Wolfspröhlings innerlich so wahr, daß „Wolfsblut“ über Hubbard Kinglins „Im Schuuel“ zu stellen ist, wo die Tiere vermenslicht werden und sprechen. Ganz wunderbar ist ferner der Rahmen der Geschichte, vor allem die Schilderung der Schneefelder von Alaska und des Waldes und seines Lebens. Die Lektüre dieses Buchs wird der Jugend wie den Erwachsenen gleichen Genuß bieten.